

»Gesundheit
ist wichtiger
als Profit.«

Jens Matthis



VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

April 2020



Abwehrkräfte der Demokratie

Corona ist nicht die einzige Gefahr für unsere Gesellschaft.
Keine Verharmlosung rechter Strategien und Taten » Seite 2

Die Not wenden

Gregor Gysi sagt, das Coronavirus führe uns noch einmal vor Augen, wie sehr wir aufeinander angewiesen seien. Er hat Recht.

Auch wer nicht von Krise reden will, bemerkt: diese Gesellschaft eingt sich gerade notgedrungen auf das Lebensnotwendige, wenn etwa Kinos schließen, Zeitungsläden aber offenbleiben. Was aber ist das Notwendige, was wendet die Not? Und was sollte die Not wenden in Krisenzeiten wie auch sonst? In dieser Zeitung versuchen wir einen Eindruck zu vermitteln, was für uns unverzichtbar ist – auch nach der großen Pandemie. Es sind Gesundheitsangebote, die allen offenstehen, wie etwa ein als Gesundheitsbad saniertes Sachsenbad. Natürlich ist es Bildungsgerechtigkeit – für alle, möglichst wohnortnah. Eine große

Herausforderung, wie der aktuelle Bildungsbericht deutlich macht. Notwendig ist auch eine auskömmlich finanzierte, gut besetzte Verwaltung, auf die sich die Menschen verlassen können – anders als etwa bei der Umzugsbeihilfe für Studierende, für die die TU im letzten Jahr geworben hatte und die von der Stadtverwaltung klammheimlich eingestellt wurde. Zum Notwendigen gehört für uns aber auch eine aktive Erinnerungskultur, so zum Beispiel anlässlich des 75. Jahrestags des Kriegsendes. Sicher: Momentan denken wir vor allem an Handhygiene und die Reduktion unserer Sozialkontakte. Unser Ge-

meinwesen aber ist weitaus größeren Gefahren ausgesetzt, die nicht per Tröpfcheninfektion übertragen werden müssen. Wie immun ist unsere Gesellschaft gegen die geistigen Wiedergänger völkermordender Gesellschaftsvorstellungen? In dieser Ausgabe fragen wir uns: Wie stärken wir eine Gesellschaft in ihrer öffentlichen Leistungsfähigkeit (auch was die Gesundheitsversorgung betrifft), in ihrer demokratischen Verfasstheit, in ihrer sozialen Zuwendung hin zu den Armen und schaffen so Hoffnung und Vertrauen, um die Ausbreitung antidemokratischer Ideen zu stoppen?

Thomas Feske

TEILHABE

Dresdner Bildungsbericht

Der chinesische Philosoph Konfuzius sagte bereits vor 2500 Jahren: »Bildung kennt keine Standesunterschiede«. Für DIE LINKE gilt diese Weisheit bis heute: Eine gute und gerechte Bildung darf weder von Herkunft noch vom Geschlecht abhängig sein! Jeder sollte die gleichen Chancen bekommen. Auch in Dresden ist das Thema Bildung eines der Wesentlichen. Es reicht von frühkindlicher Bildung, über Schulen bis hin zu Städtischen Bibliotheken und der Volkshochschule.

2012 und 2014 veröffentlichte die Stadt Dresden erste Bildungsberichte, zur Evaluierung der Bildungslandschaft – vor allem aber als Arbeitsauftrag für gezielte politische Steuerung. Es besteht Handlungsbedarf. Zu Beginn des Jahres wurde der 3. Bildungsbericht vorgestellt. Mehr über dessen Inhalte und die daraus zu ziehenden Schlüsse findet sich auf » Seite 7

ANTIFASCHISTISCHE ARBEIT

Erinnerung an Opfer rechter Gewalt

Nichts kann den Mord an Marwa El-Sherbini am 1. Juli 2009 an einem Gerichtssaal des Dresdner Landgerichtes ungeschehen machen. Auch wenn der Täter nach deutschem Recht für seine Tat zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt wurde, bringt Nichts und Niemand Marwa und ihr ungeborenes Kind zurück ins Leben.

Hoyerswerda, der Mord an Jorge Gomondai in Dresden, die Geschehnisse in Halle und Hanau - die Liste von rassistischen Angriffen verdichtet sich in der jüngeren Vergangenheit auch in Dresden. In der Nacht zum 15. Dezember 2019 attackierten Maskierte eine Unterkunft für unbegleitete minderjährige Geflüchtete, am selben Tag wird ein Mensch tunesischer Staatsbürgerschaft in der Straßenbahn angegriffen. Am 17. Dezember wird ein vierjähriger Junge von seinem Laufrad getreten. Er befand sich mit seiner Mutter auf dem Rückweg aus der KiTa »Kleiner Globus«.



Banner im Gedenken an Marwa El Sherbini

Es ist ein Skandal, dass Oberbürgermeister Dirk Hilbert unseren Antrag zur Solidarität mit den Geflüchteten in der Ägäis als nicht eilbedürftig abgetan hat. Durch öffentliche Auftritte in den Parlamenten und bei Kundgebungen und vor allem durch konkrete Angebote für ein demokratisches Miteinander, durch die Stärkung von Organisationen von Migrantinnen und Migranten müssen wir das gesellschaftliche Klima in Dresden endlich zugunsten von Weltoffenheit, von Demokratie und solidarischem Miteinander verändern.

Der Mord an Marwa El Sherbini muss unvergessen bleiben. Unser Antrag, den Park vor dem Landgericht nach ihr zu benennen, ist ein Baustein in dieser Maßnahmenkette.

Dr. Margot Gaitzsch

NACHRUF

Zum Tode von Hans-Werner Gebauer

Er war ein Langebrücker Original und das Gesicht der LINKEN in der Ortschaft. Als engagierter Historiker widmete er sich mit großer Leidenschaft der Erforschung der Geschichte des Radeberger Lands. Er durchforstete Archive, hielt Vorträge, war Autor der Rödertal-Chroniken, die über viele Jahre hinweg regelmäßig in der Sächsischen Zeitung erschienen. Als langjähriges Mitglied des Ortschaftsrates hatte er ein offenes Ohr für die großen und kleinen Anliegen der Menschen in Langebrück. Im Februar ist Hans-Werner Gebauer im Alter von 69 Jahren unerwartet verstorben. Wir werden ihn vermissen.

André Schollbach

Evaluation der Jugendhilfe

Auch mit Kreide im Maul bleibt der Wolf ein Wolf. Politische Rechte schießt auf Gelder der Jugendhilfe

Es sind ja Steuergelder, sagen sie, und viel Geld ist es auch, und das letzte Mal ist vor über zehn Jahren genauer hingeschaut worden. Lasst uns doch einmal die Arbeit der Freien Träger der Jugendhilfe evaluieren. Sie, das ist in dem Fall die AfD. Vor vielen Jahren, als schon einmal evaluiert werden sollte, haben das die PDS-Ratsmitglieder beantragt, die auch die WObA verkauft haben. Es war auch damals üblich, auf den relativ großen Topf der Jugendhilfeförderung zu schielen, insbesondere von politisch rechter Seite.

Nun also will die AfD erneut die Arbeit der Freien Träger der Jugendhilfe prüfen. Und ganz harmlos begründet sie das alles auch und erweckt den Eindruck, sich für die Sache zu interessieren. Ich bin überzeugt: Sie interessiert sich für die Sache. So wie der Wolf für die Geißlein. Und um zur Tür hereinzukommen muss Mehl auf die Pfote und Kreide in den Schlund. Ob man dem Wolf, äh, der AfD trauen kann muss jeder für sich entscheiden. Ich tue es nicht: Zu oft hat diese Partei in letzter Zeit bewiesen, dass es ihr nicht um die Sache geht, sondern um Diffamierung.

Aber für die, die sich wohl fühlen, wenn Argumente in der Sache vorgebracht werden, hier ein paar kurze Hinweise:

1. Die Mittel für die Jugendhilfe sind nicht besonders gestiegen. Zieht man die vom Land finanzierte Schulsozialarbeit ab, so ist die Steigerung der Ausgaben nicht höher als beispielsweise die Steigerung der Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer*innen im Land.

2. Es gibt außerhalb der AfD-Blase keinerlei ernsthafte Kritiken an der Arbeit der Jugendhilfeträger

insgesamt.

3. Es gibt ein umfangreiches Prozedere der Jugendhilfeplanung von Planungskonferenzen in den siebzehn Stadträumen über die Aggregation dieser Ergebnisse in Verwaltungsvorlagen, der Stellungnahmen aller Beteiligten bis hin zu Jugendhilfeausschussbeschlüssen. Jeder einzelne der genannten Schritte ist dabei öffentlich und nachvollziehbar.

4. Warum genau will die AfD die Jugendhilfe überprüfen und nicht den Sport, das OB-Büro, die Zahl neuer Ampeln oder das Ordnungsamt?



Die Jugendhilfe ist eine wichtige Stütze der Gesellschaft. Deshalb muss sie auch angemessen finanziert werden.

Ganz zum Schluss: Frauen und junge Menschen wählen kaum AfD. Das liegt aber nicht an den Jugendhilfeträgern oder gar an Frauenprojekten, es liegt an der jugend- und frauenfeindlichen Politik dieser Partei.

Tilo Kießling



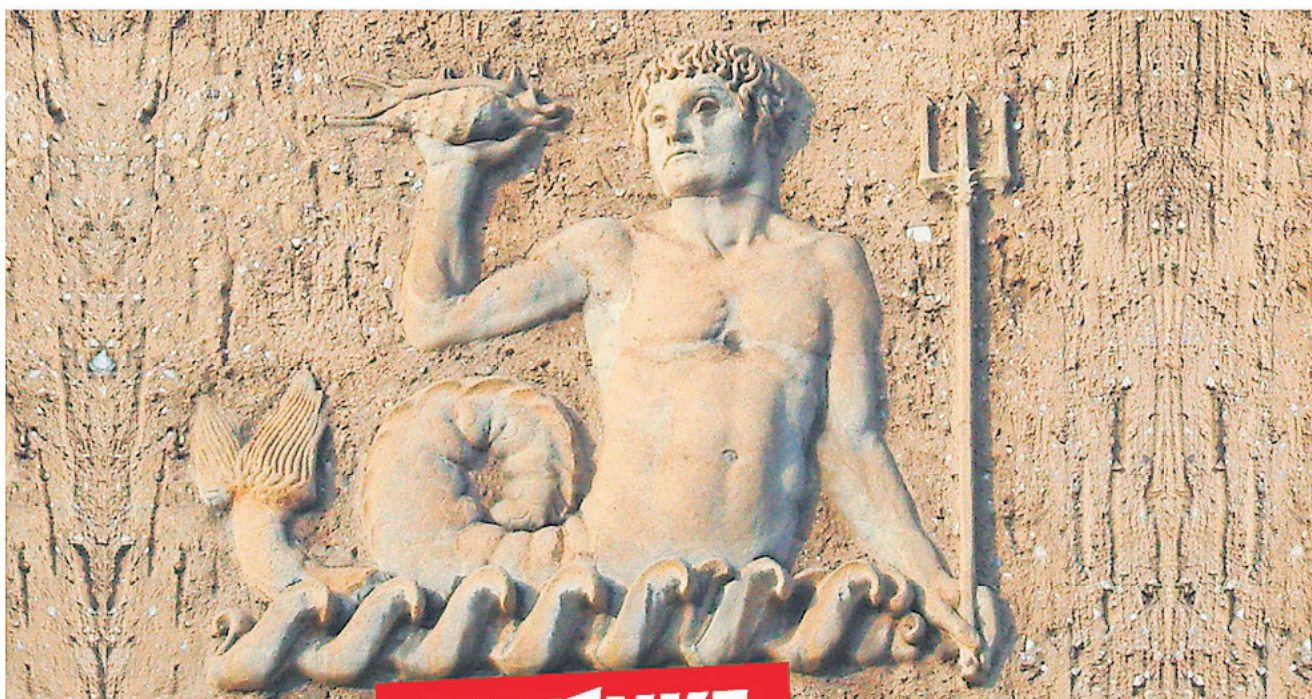
Hans-Werner Gebauer saß für DIE LINKE.Dresden im Ortschaftsrat Langebrück

LINKE startet Postkartenaktion für Wiederbelebung des Sachsenbades

Die Fraktion DIE LINKE hat eine Postkartenaktion für die Wiederbelebung des Sachsenbades gestartet. In Pieschen werden dazu insgesamt 20.000 Postkarten verteilt.

Die Postkarten beinhalten eine Petition zur Wiederbelebung des Sachsenbades. Die Aktion der Fraktion DIE LINKE hat einen triftigen Grund: Nach den aktuellen Plänen von Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) und Baubürgermeister Raul Schmidt-Lamontain (Grüne) droht dem Sachsenbad das endgültige Aus als Bad. Stattdessen wird an einem Umbau zu profanen Büroflächen geplant. DIE LINKE kämpft für die Wiederbelebung des in den Jahren 1928/1929 von Stadtbaurat Paul Wolf erbauten Sachsenbades als Bad. Dieses gilt als Musterbeispiel der Architektur der »Neuen Sachlichkeit« der späten 20iger Jahre in Dresden. LINKEN-Fraktionsvorsitzender André Schollbach erläutert: »Das Sachsenbad ist ein großartiges architektonisches Dokument der Zeitgeschichte. Mit einem Umbau des Bades zu schnöden Büroflächen würde dem Gebäude das Herzstück entrissen und die Seele geraubt. Das wäre ein großer Frevel.«

Sachsenbad als Bad wiederbeleben!



Dafür streitet DIE LINKE. Darauf ist Verlass!
 Fraktion DIE LINKE, im Dresdner Stadtrat

Die Entwicklung vergangener Jahre

Am 30. November 2016 beauftragte der Petitionsausschuss den Oberbürgermeister, bis zum 30. Juni 2017 eine Vorlage zu erarbeiten und zu prüfen, ob in dem Gebäude ein zeitgemäßes öffentliches Bad eingerichtet werden kann. Sofern die Errichtung eines solchen Bades nicht möglich ist, war zu prüfen, ob unter Bewahrung der denkmalpflegerisch bedeutenden Raumstrukturen in dem Gebäude ein teilweise frei finanziertes Bad mit Schwerpunkt Gesundheit, Gesundheitsprävention, Therapie sowie spezielles Schwimmen für Seniorinnen und Senioren und Schwimmunterricht für Kinder eingerichtet werden kann.

In der dazu erstellten Vorlage »Konzeptausschreibung für das Sachsenbad« vom 12. März 2018 wird ausgeführt: »Die seitens der Denkmalschutzkriterien am geeignetsten bewertete Nutzung ist die Einrichtung eines Gesundheits- bzw. Rehabades, zumal es für eine

Die Petitionspostkarte der Fraktion DIE LINKE zum Erhalt des Sachsenbads.

germeister, eine Konzeptausschreibung für das Sachsenbad durchzuführen. Diese Ausschreibung wurde im September 2018 veröffentlicht. Die Ausschreibungsfrist endete am 17. Januar 2019.

Gegenwärtig wird durch OB Hilbert (FDP) und Baubürgermeister Schmidt-Lamontain (Grüne) eine Vorlage vorbereitet, durch die dem Sachsenbad nicht nur der Verkauf an einen privaten Investor, sondern auch das endgültige Aus als Bad droht.

schen wünschen sich von ganzem Herzen, dass unter Erhaltung der Architektur wieder ein Bad entsteht. Deshalb kämpfen wir für eine Wiederbelebung des Sachsenbades als Bad.«

Mit der Petitionspostkarte der LINKEN können sich die Bürgerinnen und Bürger jetzt mit folgender Forderung an den Petitionsausschuss der Stadt Dresden wenden: »Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte, das Sachsenbad ist seit 1994 dem Verfall preisgegeben. Dabei ist der Bedarf nach einem Schwimmbad in Pieschen besonders groß. Die Stadt will nun das Gebäude verkaufen mit dem Ziel, aus dem Sachsenbad einen Bürokomplex zu machen. Ich fordere, dass das Sachsenbad zeitnah saniert und als Gesundheitsbad ausgebaut wird. Es soll den Bürgerinnen und Bürgern endlich wieder als Bad zur Verfügung stehen!«

Die Petitionspostkarte ist in der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE im Rathaus sowie im Haus der Begegnung erhältlich und kann unter www.linke-fraktion-dresden.de heruntergeladen werden. Zudem gibt es eine Online-Petition erreichbar unter: <http://bit.ly/WasserInsBad>.
 Thomas Feske

»Den geplanten Totalumbau zum Bürokomplex lehnen wir ab«



André Schollbach

Darüber ist auch unser Pieschener Stadtbezirksbeirat Dr. Joachim Adolphi empört: »Es ist eine Schande, dass es in einem großen Stadtteil wie Pieschen, mitten im reichen Deutschland, nicht möglich sein soll, ein ganzjährig nutzbares Bad zu unterhalten. Der Stolz einer Kulturstadt sollte sich auch auf die Lebenskultur ihrer Normalbürger beziehen können. Als Student bin ich dort noch geschwommen, sollten diese Zeiten vor 50 Jahren bessere gewesen sein?« LINKEN-Fraktionsvorsitzender André Schollbach sagt dazu: »Viele Men-

»Die Menschen wünschen sich das Sachsenbad zurück«



Joachim Adolphi

solche Nutzung große Übereinstimmung mit Bürgerinteressen des Ortsamtes sowie Mietinteressenten gibt.« Am 28. Juni 2018 beauftragte der Stadtrat den Oberbür-



Scannt diesen QR-Code mit eurem Mobiltelefon um direkt zur e-Petition im Portal der Landeshauptstadt Dresden zu gelangen.

75. Jahrestag der Befreiung Deutschlands würdig begehen

Rechte Kräfte haben das Gedenken am 8. Mai als Tag der Befreiung zunehmend für sich beansprucht und damit andere Gedenkveranstaltungen verdrängt.

Die Fraktion DIE LINKE möchte dies nun ändern.

Vor 75 Jahren wurde Deutschland, wurde auch Dresden, vom Hitlerfaschismus befreit. Am 8. Mai 1945 zog die 5. Gardearmee der Roten Armee über das Blaue Wunder in Dresden ein. Das Blaue Wunder war die einzige intakte Brücke. Ihre Sprengung durch die SS hatten Dresdner Antifaschistinnen und Antifaschisten gerade noch verhindert, in dem sie die Sprengkabel durchschnitten.

Während der 13. Februar 1945, die Zerstörung der Dresdner Innenstadt durch alliierte Bombenangriffe, alljährlich eine große Rolle in der Dresdner Gedenkkultur spielt, wurde der 8. Mai als Tag der Befreiung in den letzten Jahrzehnten eher weniger gewürdigt. Dies ist auch im internationalen Vergleich mehr als ungewöhnlich. DIE LINKE sieht hier dringenden Änderungsbedarf.

Deshalb hat DIE LINKE einen Antrag in den Stadtrat eingebracht. Der Oberbürgermeister soll damit beauftragt werden, dafür Sorge zu tragen, dass der 75. Jahrestag der Befreiung Dresdens vom NS-Regime und des Endes des 2. Weltkrieges in Europa insgesamt in einer angemessenen und würdigen Form begangen wird. Dabei sollten sowohl die Verdienste der Streitkräfte der



Die Stadt Dresden sollte endlich wieder die Verantwortung für ein würdiges Gedenken am 8. Mai übernehmen.

Anti-Hitler-Koalition also auch der antifaschistische Widerstand, eine entsprechende Würdigung erfahren. Dies soll ein Zeichen setzen gegen jede Relativierung der faschistischen Ideologie und für ein friedliches und gutnachbarschaftliches Verhältnis zu den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, insbesondere zu den unmittelbaren Nachbarn der Europäischen Union Russland, Belarus und der Ukraine, welche die Hauptlast des Krieges getragen haben.

Außerdem soll der Oberbürgermeister damit beauftragt werden, für die Landeshauptstadt Dresden die Gesamtverantwortung für die Kranzniederlegung und Gedenkveranstaltungen am 8. Mai 2020 am Sowjetischen Ehrenmal für die Gefallenen der Roten Armee sowie auf dem Sowjetischen Garnisonfriedhof zu übernehmen. In die Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltungen sollten die bereits bisher in diesem Zusammenhang engagierten Akteurinnen und Akteure der Dresdner Zivilgesellschaft, Parteien, Religionsgemeinschaften und Verbände, sowie möglichst viele Dresdner Bürgerinnen und Bürger einbezogen werden.

Jens Matthis



Blick vorbei an der Frauenkirche auf die Neustädter Elbseite

KULTURHAUPTSTADT 2025

Ziele bleiben bestehen

Nachdem das »Aus« verkündet wurde, gab es viele Menschen in der Stadt, die natürlich sofort wussten, warum. In der Dresdner Steuergruppe für die Kulturhauptstadtbewerbung haben wir gründlicher nachgedacht. Wir haben auch die Rückmeldungen für die anderen Bewerberstädte einbezogen und konnten oftmals ähnliche Einschätzungen lesen. Es wurde uns aber nicht klar, warum die eine Stadt weitergekommen ist und Dresden nicht. Ich sehe es so: Es war eine politisch geprägte Entscheidung von einer neu zusammengesetzten Jury.

Wir wurden unter anderem von dem ehemaligen Vorsitzenden der Jury beraten und in unserem Weg bestärkt, die Beteiligung der Dresdnerinnen und Dresdner als zentralen Punkt in der Bewerbung darzustellen. Die Kommission schreibt unter anderem: »Reflexionen über den Verlust des UNESCO-Welterbetitel durch die Stadt werden vermisst.« Im Bid Book von Dresden steht:

»In Dresden treffen gerade innerhalb der Stadtgesellschaft seit Jahren konträre Auffassungen und Ansichten hart aufeinander. Der Bürgerentscheid zur Waldschlösschenbrücke im Jahr 2005, der Umbau des Kulturpalastes 2008 bis 2017 oder der Umgang mit den Pegida-Demonstrationen seit 2015 haben immer wieder tiefe Gräben aufgezeigt, bis in das Kulturmilieu hinein. Die Kulturhauptstadtbewerbung ermöglicht es uns, die Menschen in unserer Stadt für ein gemeinsames Ziel zusammenzubringen.« (S. 52).

Trotz des Ausscheidens gilt: Die Ziele im Bid Book sind für die LINKE weiter in kultureller Sicht bedeutsam: Die Möglichkeit der kulturellen Teilhabe aller ist uns am Wichtigsten und dazu möchten wir unter anderem die Projekte Robotronkantine, die vollständige Sanierung des Kraftwerks Mitte, die Sanierung und Umbau des Kunstraumes »GEH8« und die Entwicklung eines Musikzentrums für Populärmusik im ehemaligen Gelände des TJG.

Anja Apel

IM GESPRÄCH MIT

Pia Barkow

Was hat dich damals motiviert für den Stadtrat zu kandidieren?

Mir hat es immer schon Spaß gemacht mitzugestalten, Ideen zu entwickeln und diese schließlich auch umzusetzen. Die Kommunalpolitik war damals – und ist es noch heute – besonders reizvoll, da hier der Kontakt zu Bürger*innen, Vereinen oder Nachbarschaftsinitiativen sehr nah ist. Viele Dinge lassen sich auf kurzem Wege angehen.

Wir bewegen uns in der Kommunalpolitik zwar immer in einem Rahmen aus Bundes- und Landesgesetzen, aber irgendeinen Handlungsspielraum gibt es eigentlich immer. Hier müssen wir als Stadträt*innen nur das richtige Handwerkszeug und eine gute Herangehensweise finden. So lassen sich Ideen oft tatsächlich umsetzen.

Außerdem finde ich es total spannend über den Dresdner Tellerrand zu schauen, was andere Kommunen machen. Oft gibt es bereits gute Konzepte in anderen Städten, die wir in ähnlicher Form auf Dresden übertragen können.

Was hat sich aus deiner Sicht mit Beginn der neuen Wahlperiode verändert?

Natürlich war es in der letzten Wahlperiode für uns viel leichter, eigene Projekte umzusetzen. Gerade in der Sozialpolitik hatten wir eine gute rot-grün-rote Zusammenarbeit und konnten so zahlreiche Vorhaben mit unserer Mehrheit umsetzen, ohne schmerzliche Kompromisse eingehen zu müssen – z.B. das Sozialticket, die Ombudstelle im Jobcenter, finanzielle Förderungen für soziale Projekte und vieles mehr. Nun brauchen wir für alle Vorhaben Stimmen von der FDP oder der CDU, die von Sozialpolitik meistens eine ganz andere Vorstellung haben. Oft wissen wir erst kurz vor der Abstimmung, ob ein Antrag durchgeht.



Stadträtin Pia Barkow sitzt im Ausschuss für Soziales und Wohnen

In der Sozialpolitik haben wir unsere Zusammenarbeit mit Grünen und der SPD etwas umgestellt, wir sprechen uns nun sehr viel intensiver über Strategien und Vorgehensweisen zur Mehrheitsgewinnung ab. *Das Interview führte Jana Neveling*

Wie Vonovia Cash generiert

Der zweite Profiteur ist der Staat



Eines der vielen Vonovia-Objekte in Dresden (Sternplatz, Altstadt)

In der letzten Ausgabe wurde darüber berichtet, wie die Dresdner Wobas mit einer halben Milliarde Euro beliehen worden sind und das geliehene Geld an den Vonovia-Konzern weitergereicht wurde.

Kredite in Bilanz drücken um das Geld an die Shareholder auszuschütten

Das Beleihen von verpfändbarem Anlagevermögen wie Immobilien gehört zum gängigen Vorgehen von Geschäftsführungen, um möglichst viel Gewinn über Erlöse wie Mieteinnahmen hinaus zu generieren und auf Pump an die Aktionäre auszuschütten. Die Aktionäre der Vonovia sind in dem Fall derzeit drei Viertel Streubesitz sowie die üblichen Verdächtigen: BlackRock, Norges Bank, FMR (Fidelity), APG und DWS. Die per Kredit erworbenen liquiden Mittel werden also nicht oder nicht nur für neue Investitionen verwendet, sondern ganz oder zum Teil an die Aktionäre ausgezahlt, während die Firma auf den Schulden für die Zukunft sitzen bleibt.

Buchgewinne erzeugen kein Geld, sondern dienen als Sicherheit für Kredite

Möglich wird das durch Buchgewinne. Bei Wohnungsgesellschaften erzeugen höhere Mieten einen höheren Wert der vermieteten Immobilien, die nicht mehr nach dem Zeitwert, sondern dem Ertragswert bewertet werden. Steigt die Miete, steigt in der Bilanz der Wert des vermieteten Hauses. Da dieser Gewinn in der Bilanz kein Bargeld erzeugt, sondern eben nur einen Buchgewinn, rennt man mit dieser Information auf eine Bank, und beleih den höheren Wert der Immobile, die als Sicherheit gilt. Vernachlässigt wird dabei, dass eine Immobile eigentlich abgeschrieben wird, um den auflaufenden Sanierungsbedarf abbilden zu können. Gefährlich wird es, wenn die Mieten sinken, denn

dann müssen auch die Angaben in der Bilanz korrigiert werden und es kann eine bilanzielle Überschuldung eintreten.

Buchgewinne müssen versteuert werden

Diese kurzsichtige und riskante Vorgehensweise hat noch einen weiteren Nachteil. Die Buchgewinne müssen als Ertrag versteuert werden. In einem Gutachten für DIE LINKE im Bundestag, die Senatsfraktion in Berlin und die Fraktion im Hessischen Landtag hat dies Professor Bontrup untersucht. Demnach beliefen sich von 2012 bis 2017 die Ertragssteuerzahlungen auf diese Buchgewinne der Vonovia auf knapp vier Milliarden Euro. Zweiter Profiteur beim Mietenwahnsinn nach den Aktionären ist also der Staat, der hier bei der Gewinnausschüttung die Hand aufhält und einen Anteil selbst einnimmt. Dies ist trügerisch, denn ändern sich die Zeiten und geraten die finanziell ausgepressten Gesellschaften in die Schieflage, wird mit Sicherheit nach Staatsgeld gerufen werden, damit die kreditgebenden Banken ihre Kredite nicht abschreiben müssen.

Heftiger Widerstand gegen Mietpreisbremsen und Mietendeckel

Dieses Modell der kreditfinanzierten Gewinnmaximierung über »ehrlich« eingenommenes Geld hinaus erklärt, warum sich die Wohnungswirtschaft mit Händen und Füßen gegen jede Beschränkung von Mieterhöhungen und gegen Mietsenkungen wehrt. Zum einen können in Zukunft keine neuen Buchgewinne generiert werden, zum anderen könnten notwendige Wertberichtigungen der Immobilienbestände zu einer bilanziellen Überschuldung führen. Mietsenkungen könnten sogar zu Zahlungsausfällen führen. *Tilo Wirtz*

STÄDEPARTNERSCHAFT Eindrücke aus Brazzaville

Im Februar war eine Delegation aus Dresden in der Partnerstadt Brazzaville in der Republik Kongo. Unter der Leitung von Oberbürgermeister Hilbert wurde dort ein intensives Besuchs- und Diskussionsprogramm wahrgenommen. Ich konnte Teil der Delegation sein, die ansonsten aus Amts- und Schulleiter*innen, einem Vertreter der Dresdner Gartenfreunde, Stadträt*innen anderer Fraktionen und Geschäftsleuten bestand.

Die Reise war der Auftakt für eine Wiederbelebung der Städtepartnerschaft. Diese besteht seit 1975 und wurde doch viele Jahre nicht gepflegt. Das soll sich nun ändern und dafür wollten wir einen Einblick in das Leben der afrikanischen Stadt bekommen. Der dortige Oberbürgermeister Okemba hieß uns herzlich willkommen und verschwieg uns auch die schwierigen Seiten der Stadt nicht. Wir haben eine Grundschule besucht, wo 2500 Schüler in Barracken unterrichtet werden. Ohne Strom, Wasser, Türen und mit kaputten Pulten.



Bild eines Schulraumes in Brazzaville

Darüber hinaus besuchten wir das Jugendsymphonieorchester, dem es jedoch an Instrumenten, Noten und Know-How fehlt. Beeindruckend war das Thema des Gartenbaus. Obwohl der Kongo eines der fruchtbarsten Länder der Welt ist, wird nur ein Bruchteil der landwirtschaftlichen Fläche bestellt und Nahrung muss importiert werden. In Brazzaville entstehen in den letzten Jahren Kampagnen zum städtischen Gartenbau. In Vorschulen bekommt jedes Kind sein eigenes Beet und es existieren Flächen, die wie unsere Gartensparten bewirtschaftet werden. *Magnus Hecht*

Die 5G-Technologie

Sachstand in Politik und Wirtschaft - der mühsame Weg zum schnellen Internet - Teil 2 des Beitrages zum Mobilfunk.



Wird in Dresden kontrovers diskutiert: der neue 5G Standard für die Datenübertragung in mobilen Netzen.

Die im Jahr 2019 vom Bund versteigerten Nutzungsrechte für die Frequenzbänder sind keine technische Neuheit und brachten dem Bund rund 6,5 Milliarden. WLAN-Router arbeiten bereits seit Jahren in diesem Frequenzbereich. Die höheren Frequenzbereiche (etwa bis 30 GHz) haben, dort wo sie überhaupt gebaut werden, eine extrem geringe Reichweite mit rund 500 Metern und sind somit vor allem für eng begrenzte Areale angedacht, auf denen häufig viele Menschen gleichzeitig ihr Smartphone nutzen (z.B. Fußballstadien, Messen, Flughafenhallen). Für normale Nutzer*innen wird 5G nicht von heute auf morgen verfügbar sein, denn nur wenige Smartphones sind überhaupt mit 5G kompatibel. Somit wird dieser Standard für längere Zeit nur den wohlhabenderen Kund*innen zur Verfügung stehen und ein Groß-

teil der bekannten Anwendungsfälle liegt noch immer in der Industrie. Es ist aber festzuhalten, dass ein Bürger*innenentscheid nicht zielführend wäre, da es im Erfolgsfall nur zu einer Verschiebung auf private Flächen führen würde. Im schlimmsten Fall sind die Funklöcher dann auf kommunalen Flächen wie beispielsweise der Dresdner Messe oder im Dynamo-Stadion. Die Freien Wähler sind mit ihrem Antrag dafür nun zurückgerudert, da dies auch von den Stadtbezirksbeiräten und Ortschaftsräten nicht gewünscht ist.

Die Landeshauptstadt Dresden will mit dem Förderprogramm des Bundes den Breitbandausbau vorantreiben. Voraussetzung für einen Mittelabfluss ist aber die tatsächlich erbrachte (Bau)Leistung. Zusätzlich gibt es das mit Eigenmitteln finanzierte Glasfa-

sernetz-Ausbauvorhaben »Stadtnetz 500+« für eine schrittweise Anbindung der kommunalen Einrichtungen bis 2024.

Deutschland hängt in vielen Bereichen der Digitalisierung administrativ und politisch hinterher und landet auch im europäischen Ländervergleich auf den hinteren Plätzen.

Das hätte jedoch auch anders sein können. Unter dem SPD Bundeskanzler Helmut Schmidt gab es 1981 einen 30-Jahresplan für ein bundesweites flächendeckendes Glasfasernetz. Das stoppte die Kohl-Regierung für einen Kabelausbau. Grund dafür waren die geringeren Kosten und der Wunsch mit privatem Kabelfernsehen der »linken Schlagseite des öffentlich-rechtlichen Fernsehens« etwas entgegenzusetzen zu können. Danke dafür, CDU!

Katharina Hansen

VERKEHRSWENDE

Linke startet Antragsinitiative

Am 14.02.2020 hat der Bundesrat eine weitere Novelle der Straßenverkehrsordnung verabschiedet. Darin enthalten sind wichtige neue Regeln zu Verkehrssicherheit und Förderung des Radverkehrs sowie zum Carsharing. Die Fraktion will nun mit einem Antrag dafür sorgen, dass sich die Verwaltung von Anbeginn an und zügig mit den neuen Möglichkeiten be-

schäftigt und sie umsetzt. Dazu werden Prüfaufträge erteilt, über deren Ergebnis dem Stadtrat zu berichten ist. Dazu gehören u.a. Rechtsabbiegepfeil für Radverkehr, Überholverbot auch für einspurige Fahrzeuge, Carsharingparkplätze, Radfahrzonen mit dem Radverkehr untergeordnetem motorisiertem Verkehr (prioritär für die Äußere Neustadt). Mehr dazu in der nächsten Zeitsungausgabe. *Die Redaktion*



Tilo Wirtz stellt die Antragsinitiative vor.

SCHULEN

Standortentscheidung Gymnasium Gorbitz

Der Fraktion DIE LINKE ist das Gymnasium in Gorbitz von besonderer Wichtigkeit, um den dort wohnhaften Schülerinnen und Schülern den direkten Zugang zu einem Gymnasium zu ermöglichen - ein wichtiger Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit. Die Empörung war groß, als der ehemalige

Bildungsbürgermeister vor seinem Abschied aus der Dresdner Kommunalpolitik mit Hilfe einer Vorlage das Gymnasium in die Innenstadt zu verlegen versuchte. Glücklicherweise wurde vor kurzem bekannt, dass die Verwaltung aufgrund der enormen Empörung die Vorlage zurückzog - das Gymnasium bleibt somit vorerst in Gorbitz.

Die Redaktion



STUDENTENLEBEN

Umzugsbeihilfe

Seit 2001 gibt es in Dresden die sogenannte »Umzugsbeihilfe« für Studierende, die ihren Hauptwohnsitz in Dresden melden. Die einmalige Zahlung von 150€ sollte die Studierenden dazu ermutigen sich umzumelden - eine Zweitwohnsitzsteuer gab es zu diesem Zeitpunkt in Dresden noch nicht. Mit einer Vorlage, die das erste Mal im Januar 2020 im Stadtrat diskutiert werden sollte, obwohl diese schon seit Frühjahr 2019 existierte, sollte diese Umzugsbeihilfe abgeschafft werden. Das Problem: Die Stadtverwaltung hat schon vor dem Beschluss entschieden, keine Anträge mehr anzunehmen und das obwohl der Antrag nicht rückwirkend ist und offen mit der Beihilfe gearbeitet wird. Dagegen gab es zu Recht Protest von den Studierenden, aber auch von unserer Fraktion. Auch der Studierendenrat der TU Dresden war sehr aktiv und hat nach einer Rücküberweisung des Antrages in die Ausschüsse, die Anträge auf Umzugsbeihilfe selbst eingesammelt und der Verwaltung übergeben.

Bildungsgerechtigkeit verbessern!

Zu Beginn diesen Jahres wurde der 3. Bildungsbericht der Stadt Dresden vorgelegt. Ein Bericht über die zusammengefassten Ergebnisse und den Arbeitsauftrag an unsere Fraktion.



Die Fraktion DIE LINKE setzt sich für die Chancengleichheit aller Kinder und Jugendlichen ein.

Anhand des aktuell veröffentlichten Bildungsberichts wird deutlich, dass die Bildungschancen von Dresdner Kindern nach wie vor stark von ihrem Wohnort und ihrer sozialen Herkunft abhängig sind. Bei insgesamt leicht gestiegenem Bildungsniveau haben sich die Probleme vor allem in Prohlis und Gorbitz, aber auch in Reick, Leuben und der Johannstadt verschärft. Die Ursachen hierfür liegen vor allem in der mangelnden sozialen Durchmischung dieser Stadtteile begründet. Durch die günstigsten Mieten wohnen dort oftmals Familien mit einem vergleichsweise niedrigen Einkommen, was sich nachweislich negativ auf den Bildungserfolg von Kindern auswirkt. Besuchen diese Kinder in der Folge gemeinsam Schulen und Kindertageseinrichtungen, verschärft sich dieser Effekt noch mehr. Die soziale Vielfalt ganzer Stadtbezirke

kann so in eine Schieflage geraten, die sich nur schwer wieder ausbalancieren lässt.

Bildungserfolg muss unabhängig vom Einkommen sein.

Der Auftrag, den wir für unsere Arbeit im Stadtrat daraus ableiten können, ist eindeutig: Wir werden als LINKE mit unserer nachhaltigen Wohnungsbaupolitik weiterhin dafür sorgen, dass es zu einer besseren sozialen Durchmischung in Dresden kommt. Dies kann uns einerseits durch den Bau von Sozialwohnungen gelingen, welche wir besonders in Stadtteilen mit niedriger sozialer Be-

lastung errichten wollen. Zu nennen wären hier die Gewinner des Dresdner Bildungsberichtes Striesen, Blasewitz, Loschwitz oder Plauen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die dauerhafte Einrichtung eines Gymnasiums in Dresden Gorbitz. Wir werden die Umsetzung dieser Standortentscheidung konsequent verfolgen. Dies ist ein wichtiges Zeichen für die Menschen in diesem sozial stark belasteten Stadtteil. Bei uns wird niemand abgeschrieben! Alle Kinder verdienen eine gute und auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Bildung. Unser Ziel ist es, dass bereits im kommenden Bildungsbericht erste Erfolge sichtbar werden. Bildungsgerechtigkeit ist ein Grundpfeiler des sozialen Friedens in unserer Gesellschaft. Die konsequente Beseitigung von sozial bedingten Bildungsschranken ist deshalb dringend notwendig.

Anne Holowenko

Eigenleben der Verwaltung gestoppt

Auf der letzten Stadtratssitzung wurde nun die Aufhebung der Richtlinie zur Umzugsbeihilfe zum 01. Januar 2021 beschlossen. Damit muss die Verwaltung alle bis jetzt fristgerecht eingereichten



Wenn die Kisten gepackt sind, das Amt sich jedoch sträubt: DIE LINKE hilft.

Anträge auf Umzugsbeihilfe bearbeiten, denn die Studierenden dürfen nicht dafür bestraft werden, dass der Antrag offenbar auf die lange Bank geschoben wurde.

Eine für Studierende attraktive Stadt

Wir werden uns auch weiter dafür einsetzen, dass die Gelder, die damit frei werden, den Studierenden über das Studierendenwerk zur Verfügung gestellt werden, zum Beispiel im Rahmen der Kulturförderung.

Caroline Lentz

GANZ HINTEN LINKS

Experten!

Die Schlagzeile ist noch nicht lang her: »Eine bessere Versorgung ist nur mit halb so vielen Kliniken möglich.« Das war die Aussage, mit der die »Experten« von der Bertelsmann-Stiftung vor einem halben Jahr für eine grundlegende Umgestaltung der deutschen Krankenhauslandschaft. Schon



Sollten wegrationalisiert werden: Krankenhausbetten als Reserve für Notfälle

seit zwei Jahrzehnten warben Wirtschaftsberatungsunternehmen(!) immer wieder Krankenhausbetten abzubauen, wohlgerne nicht nur die Betten als solches, sondern auch das dazugehörige Personal. Auch die städtischen Kliniken in Dresden in Friedrichstadt, Trachau, Löbtau und am Weißen Hirsch wurden immer wieder von solchen guten Ratschlägen heimgesucht. Die Berater woll(t)en natürlich immer nur das Beste für die Stadt.

Jeder weiß: Es scheint für ein städtisches Klinikum nämlich kein größeres Problem zu geben als die Frage, ob durch die Behandlung der Patienten ein Gewinn erwirtschaftet wird oder ob ein Zuschussbedarf besteht, weil die von den Krankenkassen gezahlten »Preise« für die Behandlungen, die sogenannten DRGs (Fallpauschalen) nicht alle realen Kosten decken.

Genauer gesagt: Es SCHIEN so. Seit letzter Woche ist komischerweise alles anders.

Jens Matthis

BÜRGERBETEILIGUNG

Absurdes im Petitionsausschuss

Alle Bürger*innen können sich an die Stadt mit einer schriftlichen oder elektronischen Petition wenden und ihr Anliegen vortragen. In der letzten Sitzung des Ausschusses für Petitionen und Bürgerbeteiligung hat sich ein Bürger mit der Bitte an den Stadtrat gewandt, eine Regelung zur Begrenzung der Anzahl der Wahlplakate in der Stadt auf den Weg zu bringen. Bezug genommen hat er explizit auf die teilweise acht oder mehr übereinander gehangenen Plakate der AfD, die aus seiner Sicht das Stadtbild verschandeln.

Vor Beginn der Sitzung brachte ein AfD-Stadtrat zwei Wahlplakate der LINKEN mit, vermutlich hat er sie unrechtmäßig während des letzten Wahlkampfes entfernt – oder kurz: Diebstahl. Was er damit zum Ausdruck bringen wollte, haben wir leider nicht erfahren, da wir die Plakate der Eigentümerin noch vor Sitzungsbeginn übergeben konnten. Auch während der Sitzung hat sich die AfD, wie so oft, nicht zum Thema geäußert.

Als SPD, Grüne und LINKE Vertreter*innen fanden wir das Anliegen des Bürgers berechtigt und hätten gern weiter über eine mögliche Regelung diskutiert, verhindert haben das aber CDU, FDP, AfD und Freie Wähler. Christopher Colditz



Eines unserer Wahlplakate aus dem letzten Jahr.

GESCHÄFTSSTELLE

Neuer Mitarbeiter



Norbert Engemaier war von 2014 bis 2019 Stadtrat unserer Fraktion

Seit Anfang März hat die Fraktionsgeschäftsstelle einen neuen Mitarbeiter – dieser ist jedoch kein Unbekannter. Der ehemalige Stadtrat Norbert Engemaier unterstützt nun tatkräftig den Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und ist unter anderem für die Gestaltung der Fraktionszeitung verantwortlich. Wir freuen uns sehr, Norbert wieder bei uns begrüßen zu dürfen. Durch sein bisheriges Engagement und seine umfangreichen Erfahrungen in der Dresdner Kommunalpolitik als ehemaliger Stadtrat bereichert er die Arbeit der Geschäftsstelle in besonderem Maße. Erreichbar für Hinweise und Vorschläge ist er am besten über Mailadresse der Telefon der Fraktion. Die Redaktion

VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber

DIE LINKE. Fraktion
im Dresdner Stadtrat
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden

Kontakt

Telefon: 0351/4882822
fraktion@dielinke-dresden.de
www.linke-fraktion-dresden.de

V.i.S.d.P.

Thomas Feske

Autor*innen dieser Ausgabe

Anja Apel, Christopher Colditz, Norbert Engemaier, Thomas Feske, Dr. Margot Gaitzsch, Katharina Hanser, Magnus Hecht, Anne Holowenko, Tilo Kießling, Caroline Lentz, Jens Matthis, Jana Neveling, André Schollbach, Tilo Wirtz

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwählende Kürzungen vor.

Bildnachweise

Marco Verch / Flickr (1), Fotoarchiv Fraktion (2), Michael Gaida / pixabay (2), Thorsten Eckert (2), Frank Grätz (3; 5), X-Weinzar / wikimedia commons (4), Jürgen Gessner / pixelio (4), Christian Gebhardt / wikimedia commons (5), Magnus Hecht (6), ADMC / pixabay (6), Marcel Ritschel (6), stevepb / pixabay (7), white 77 / pixabay (7), congerdesign / pixabay (7), Jana Neveling (8), geralt / pixabay (8), Norbert Engemaier (8)

Gestaltung und Satz

Norbert Engemaier

Druck

LR Medienverlag
und Druckerei GmbH

Auflage

Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 3000 Exemplaren gedruckt.

Redaktionsschluss

9.3.2020

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat